

Gleiche Rechte, ungleiche Pflichten

Durch die bilateralen Verträge mit der EU und insbesondere wegen der Personenfreizügigkeit haben EU Bürger nach einer kurzen Zeitspanne denselben Leistungsanspruch wie Schweizer oder langjährige Gastarbeiter. Dies ist ein Umstand der stossend ist und die Frage nach einer gerechten Abgeltung von Leistungen und Ansprüchen eines einzelnen gegenüber der Gesellschaft aufwirft.

Nimmt man das Beispielsweise eines 55 jähriger Schweizer, der seiner Wehrpflicht nachgekommen ist, der immer seine Sozialabgaben geleistet und Steuern bezahlt hat und auch sonst seinen Beitrag zu einer funktionierenden Gesellschaft geleistet hat. Er wird im Falle einer Erwerbslosigkeit nicht anders behandelt als ein EU Bürger der gerade mal ein Jahr in der Schweiz gearbeitet hat.

Beide sitzen zuerst beim RAV im Wartezimmer und nach der Aussteuerung im Vorzimmer der Fürsorge. Und beide kriegen dieselben Leistungen, obwohl der eine schon viel länger einbezahlt hat. Dies ist ein ungleiches Profitieren von einem Sozialwesen, welches sicherlich nicht mehr der Grundidee von entspricht.

Schweizer Bürger haben sogar Nachteile gegenüber Ausländern, die Abwesenheit am Arbeitsplatz während des Militärdienstes ist heute nicht mehr gerne gesehen und kann im Zweifelsfall gegen eine Anstellung sprechen.

Kurz gesagt: Von den Segnungen des Sozialstaates profitieren alle gleich, doch bei den Pflichten herrscht eine zunehmende Ungleichheit.

Der Schweizerpass ist für viele Neubürger nur noch zum Reisen da und die Alteingesessenen haben keine wirkliche Anerkennung mehr für Mehrleistungen die sie für die Allgemeinheit erbringen. Das Gleichgewicht zwischen Rechten und Pflichten eines Bürgers muss wieder hergestellt werden, auch soll es sich lohnen Bürger dieses Landes zu sein und es muss weiterhin ein glaubwürdiges Milizsystem geben, in dem jeder seinen minimalen Beitrag leisten muss.

Ideal wäre eine allgemeine Dienstpflicht die für alle Schweizer/innen gilt und über das Militär hinausgeht (Zivildienst, Feuerwehr, Zivilschutz,). Um die anstehenden Engpässe im Gesundheitswesen und der Alterspflege zu überbrücken wäre ein neues Dienstpflicht Modell ebenfalls von Nöten. Dieses würde auch die Jugendarbeitslosigkeit wirksam entgegentreten und neue Perspektiven schaffen.

Wer Dienst an der Allgemeinheit leistet, soll dafür zwar direkt entschädigt werden, jedoch vor allem langfristig Vorteile daraus ziehen. Dies wäre in Form von einer Prämienverbilligung möglich bis hin zu einer höheren AHV.

Unsere Staatsform beruht auf der direkten Mitsprache jedes einzelnen Bürgers und auch auf dem Einsatz jedes einzelnen, dieser Gedanke darf nicht einem kurzfristigen Profitdenken geopfert werden, sondern er muss gerade jetzt wieder von neuem überprüft und gelebt werden.

Daniel Wäfler